



Pressemitteilung vom 24.05.2006

Schulgesetznovelle: Hier werden Ideologien als Fortschritt verkauft

„Trotz der heftigen Protesten von Seiten der Wissenschaft, der Schulträger, der Lehrer, Eltern und Schüler hat es lediglich Schönheitsreparaturen gegeben. In den kritischen Punkt hat sich im Grundsatz nichts geändert.“ So das Fazit von Anette Plümpe, Vorsitzende des Landeselternrates der Gesamtschulen in NRW (LER).

Schönfärberei sei u.a. die Änderung bei der verbindlichen Grundschulempfehlung.

„Es ist jetzt zu befürchten, dass in Zukunft alle Kinder Realschul-geeignet sind. Eine absolute Entmündigung der Eltern ist zudem der verordnete Probeunterricht für die Kinder, deren Eltern sich für eine Schulform „unter“ der empfohlenen entscheiden,“ so Plümpe. „Hier soll Probeunterricht Eltern davon überzeugen, dass ihre Kinder leistungsfähig sind. Wäre unser Schulsystem so durchlässig wie prahlerisch behauptet, dann darf eine solche Elternentscheidung doch eigentlich kein Problem sein.“

Im Bereich der Benotung des Arbeits- und Sozialverhaltens kann ein Beiblatt dem Zeugnis beigelegt werden. Plümpe: „Obwohl Experten klar geäußert haben, dass die Benotung in der geplanten Form keine Aussagekraft hat und sogar als bedenklich einzustufen ist, bleibt uns diese Noten ab Ende der Klasse 2 bis hin zur Klasse 10 erhalten! An dieser Tatsache ändert auch kein Beiblatt etwas, obwohl es zumindest die Gelegenheit bietet, die Note zu erklären.“

Das „modernste Bildungssystem Deutschlands“ soll zu mehr und auch zu qualifizierteren Abiturienten führen. Aber: Das soll nur über den Sonderweg des Gymnasiums erreicht werden. Und dies frei nach dem Motto des bayr. Vorsitzender des deutschen Lehrerverbandes Kraus, wonach „die anderen Schulformen doch endlich einmal akzeptieren sollen, dass sich die Bildungselite nur am Gymnasium befindet“.

Die Durchlässigkeit nach „oben“ für Hauptschüler ist definitiv nur in der Klasse 5, für Realschüler maximal bis zur 6 Klasse möglich. Alles andere ist aufgrund der Differenz der Lehrpläne des Gymnasiums gegenüber Haupt- und Realschule im Sonderweg 9+3 auch für gute Schüler nicht denkbar.

„In diesem Zusammenhang stellt sich uns die Frage, was mit der individuellen Förderung aller Schüler gemeint ist, da darauf laut Novellierungsentwurf kein Rechtsanspruch besteht,“ hinterfragt Plümpe.

Auch sei die Sinnhaftigkeit eines vielgliedriges Schulsystem bei sinkenden Schülerzahlen und den anstehenden Problemen zu hinterfragen.

„Jede PISA-Studie und auch die Sonderauswertung bezüglich der Integration von Migranten sowie das Ergebnis des UN-Beauftragten Munoz hat niederschmetternde Urteile über das deutsche selektive Bildungssystem gebracht,“ so Plümpe. „Um den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein, müssen wir in Deutschland ALLE Kinder mitnehmen – kein Kind zurücklassen! Soziale Integration, Chancengleichheit, Entzerrung von Bildung und Sozialstatus, keine soziale Ausgrenzung von Migranten, dies sind Ziele die unsere Landesregierung vertreten sollte!“

Die skandinavischen Länder praktizieren es schon lange – Eine Schule für Alle!

Wir müssen uns auf diesen Weg begeben und so die Weichen für die Zukunft stellen.

Der LER fordert die Möglichkeit der Schulverbünde für alle Schulformen beizubehalten – so wie es im jetzigen Gesetz steht!

„Es kann nicht sein, dass CDU-Bürgermeister ihren Parteikollegen Rüttgers darüber aufklären müssen, warum sie für ihre Kommunen eine integrative Schule wollen und welche Vorteile dies für die Kinder und Jugendlichen und die Kommune hat.“

Der LER fordert als einen möglichen Weg in die richtige Richtung, das Modell der Allgemeinen Sekundarschule des VBE in NRW zuzulassen!

Plümpe: „Wir sind überzeugt, dass dieses Modell sowie die schulformübergreifenden Schulverbünde ohne Ausnahme zwei wichtige Schritte auf dem Weg in die Zukunft sind! Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und diese Zukunft sieht mit dem jetzigen Entwurf des Schulgesetzes sehr düster aus!“

Ansprechpartnerin:

Anette Plümpe, Vorsitzende (02383-4092

Vorsitzende:

Anette Plümpe, Dürerstr. 30, 59199 Bönen – Fon 02383-4092 – e-mail: pluempe_a@yahoo.de

Bankverbindung:

Kölner Bank Konto-Nr. 700 470 1016 BLZ 371 600 87
Spenden an den Landeselternrat sind steuerlich absetzbar.